Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn Mk. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Verkehr Mk. 2.10, im übrigen Württemberg Mk. 2.10 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 15 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Fernsprecher 29. Postscheckkonto: 5113 Stuttgart.

№ 57 — Montag, den 10. März — 1919.

Spartakus — und das fremde Geld.

S. Im Jahre 1916, am 57. Geburtstag Wilhelms II. erschien zum ersten Male einer der vielgenannten „Spartakus-Briefe". Zunächst hatte man aus begreiflichen Gründen diesen mit Schreibmaschine hergestellt. Versandt wurde der Spartakusbrief an führende Parteigänger der sozialdemokratischen Opposition. Der Inhalt beschäftigte sich im wesentlichen mit einer durchgreifenden Umgestaltung des gesamten sozialistischen Parteiwesens auf internationaler Grundlage. Zunächst wußte man nicht, wer der Autor der Spartakusbriefe, die nun periodisch folgten, sei. Später, am 20. September des gleichen Jahres, verzichtete man auf die Hektographierung und gab sie als Zeitschrift heraus. Nun sickerte es durch, daß Liebknecht der Verfasser sei, der mittlerweile zu Zuchthausstrafe verurteilt worden war.

Die Briefe wurden immer schärfer und tendenziöser und richteten sich besonders gegen die Führer der deutschen Mehrheitssozialisten. Zu gleicher Zeit verbreitete man an der Front die mit Schreibmaschine hergestellten und dann vervielfältigten „Judas-Leistungen". Heimlich wurden sie unter die Soldaten verteilt.

Eng mit der Liebknechtschen Propaganda arbeitete die revolutionäre, internationale Berner Richtung, die immer und immer wieder versuchte, ihre „sozialdemokratischen Wechselstimmen für das arbeitende Volk" nach Deutschland einzuschmuggeln. Auch hier wurde wüst gegen die Führer der Mehrheitssozialisten gehetzt. Man suchte sie bei den Arbeitern in Verruf zu bringen und die Arbeiter selbst durch das Schlagwort irezuführen: „Die Arbeiter haben kein Vaterland zu verteidigen!" Der Prozeß gegen die Obersten Egli und Wattenwyl brachte den Beweis, daß die revolutionäre internationale Berner Richtung in Verbindung mit der englischen Gesandtschaft in Bern stand und von dieser finanziell unterstützt wurde.

Auch die Amerikaner begannen hier ihre Wühlarbeit, nachdem die Franzosen es sich auch nicht nehmen ließen, ihrem Verbündeten England gleichzutun. Die silbernen und goldenen Ententekugeln rollten auf das vom russischen Bolschewismus bearbeitete spartakistische Feld des deutschen Bodens.

Es ist festgestellt, daß der englische Militärattache in Kopenhagen sich mit dem berüchtigten österreichisch-polnischen Anarchisten Sachy in Verbindung setzte, der auch bald im Gebiet der Zentralmächte seine Hetzpropaganda aufnahm. Die Hetzflugblätter verfaßte ein slavischer Deserteur.

Schließlich nahm die Entente auf dem vorbereiteten Boden die Arbeit selbst vor. Man braucht nur an das englische Weltreisebüro Thomas Cook zu denken, das seine Agenten nach Deutschland sandte, um die herrschende deutsche Unzufriedenheit bis zur Siedehitze zu schüren. In deutscher Militäruniform, geschmückt mit dem Bande des Eisernen Kreuzes, ausgerüstet mit englischem und amerikanischem Geld, versuchten sie hier bei uns, Soldaten zur Desertion zu verleiten. Als Reisende im Eisenbahnwagen 3. und 4. Klasse bearbeiteten sie die Mitfahrenden. Also auch hier arbeiteten Spartakisten mit fremdem Gelde. Diese Tatsachen sind durch die Aussagen von solchen abgefaßten Landesverrätern einwandfrei festgestellt worden.

Bald tauchte auch drohend das russische Bolschewistengespenst im Osten hervor, das zusehends wuchs und wuchs. Schon im Anfang des vergangenen Jahres entsandte die Moskauer revolutionäre Partei drei Anarchisten nach Oesterreich, um Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses zu ermorden. Auch auf das Leben Wilhelms II. hatte man es abgesehen. Man hatte ganz genau bereits die Verhältnisse im deutschen Hauptquartier erkundet.

Millionen über Millionen geraubter Rubel sind mittlerweile nach Deutschland gerollt. An dieses spartakistische Blutgeld reihen sich würdig die Dollars, Souvereigns und Franken der Entente. Sie haben dazu beigetragen, unser Vaterland dorthin zu bringen, wo es sich heute befindet: An den Abgrund.

„Die Arbeiter haben kein Vaterland zu verteidigen", dieses Wort hat bei den Spartakisten ein Echo gefunden, die jetzt in der unsagbar schweren Zeit Deutschland in einen Schutthaufen verwandeln wollen.

Deutsche Nationalversammlung.

22. Sitzung.

Weimar, 7. März. (WTB.) Die Sitzung wurde 3.35 Uhr nachmittags eröffnet. Die Interpellation über die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands wird die Regierung am Montag beantworten.

Erste Beratung des Sozialisierungs-Gesetzes und des Kohlenwirtschaftsgesetzes.

Reichsminister Wissel: Die Regierung muß unerfüllbaren Wünschen gegenüber hart sein. Die politische Umwälzung gab dem werktätigen Volke die Zuversicht, es werde in naher Zukunft auch sein wirtschaftliches Zukunftsideal verwirklicht werden. Das werktätige Volk will jetzt Taten sehen und schreitet überall selbst zu Taten. Schon droht die Anarchie, die zu Tod und Untergang führt. In dieser Wirrnis hält es die Reichsregierung einmütig für ihre Pflicht, durch die Gesetzgebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung zu eröffnen. Aber die neue Zeit kann nicht nur Freiheit bringen, sie muß auch Pflichten auferlegen. Dem entspricht das Recht auf Arbeit und die Pflicht der Gesamtheit, arbeitswilligen Arbeitslosen den notwendigen Unterhalt zu gewähren. Dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft wird unmittelbar eines über die Kalliwirtschaft folgen. Zur geschäftlichen Regelung reif ist die Kohlenwirtschaft. Als Sachwalter der Allgemeinheit werden die unmittelbar beteiligten Kreise zur Verwaltung herangezogen. Finanzpolitisch muß man möglichst hohe Einnahmen des Reiches aus der Kohlenwirtschaft erstreben. Das Reich wird sich nicht scheuen, in die sogenannten wohlerworbenen Rechte oder in das Privatbergwerksregal einzugreifen. In der Kokerei und der Eisen- und Stahlindustrie, die mit den Zechen eng verbunden sind, sind überstürzte staatliche Eingriffe zu vermeiden, da sie zu Mißerfolgen führen müßten. Die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ist die möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Die neue Organisation wird den Aufstieg der Tüchtigsten fördern. Sie werden Wunder erleben, welche Energie sie zum Wohle unserer wirtschaftlichen Zukunft frei machen.

Hue (Soz): Von einer sogenannten Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft ist abzusehen, um die Schäden der Bureaukratisierung zu vermeiden. Die wilden Sozialisierungen in einzelnen Betrieben sind das Gegenteil von Sozialismus. Betriebs- und Zechenräte zur Kontrolle über die ganze Produktion der Zeche halten wir für durchaus notwendig. Eine Kommissionsberatung wird nicht erforderlich sein. Das Privatinteresse muß sich auch dem Gemeininteresse beugen.

Dr. Brauns (Z): Die private Gewinnsucht hat im Kriege wahre Orgien gefeiert. Als Gegenströmung gegen diesen Geist des Mammonismus ist eine gewisse Sozialisierung durchaus berechtigt. Sozialisierung bedeutete für die Arbeiter nicht bloß eine Geldfrage, sondern der Mensch will auch als solcher im Produktionsprozeß beachtet werden. Sofern der Gesetzentwurf diesen Gedanken zur Geltung bringt, stimmen wir ihm zu. Dem an zweiter Stelle stehenden Gesetz fehlt der praktische Nachdruck. Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft ermutigen nicht dazu, alles in den Einheitstopf der Reichszukunft zu werfen. Die Annahme des Sozialisierungsgesetzes wird als eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit verzeichnet werden.

Württ. Landesversammlung.

Stuttgart, 7. März. In der heutigen Sitzung wurde nach kurzer Pause in den Verhandlungen die Wahl des Staatspräsidenten vorgenommen. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 129 Mitgliedern. Das Ergebnis der Wahl ist: Abgegeben werden 129 Stimmen, davon sind ungültig 28, gültig 101; von den letzteren fielen auf Bios 100 Stimmen, auf Lindemann 1 Stimme. Bios ist also mit unbedingter Stimmenmehrheit zum Staatspräsidenten gewählt.

Auf die Anfrage des Präs. Keil erklärt sich Bios zur Annahme der Wahl bereit. — Darauf führt Präs. Keil aus: Ich halte mich für ermächtigt, in Ihrem Namen und im Namen des Volkes dem neugewählten Hrn. Staatspräsidenten zu seinem hohen und verantwortungsvollsten Amt die wärmsten Glückwünsche auszusprechen. (Beifall und Zustimmung.) Das hohe Haus hat den bisherigen Ministerpräsidenten, nunmehrigen Staatspräsidenten gemeinsam mit seinen Mitarbeitern bereits am 29. Jan. mit der Weiterführung der Regierungsgeschäfte betraut, nunmehr aber ist die Wahl des Staatspräsidenten nach den Vorschriften der vorläufigen Verfassung vollzogen worden. Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat das württ. Volk das höchste Amt im Staat durch den Willen seiner aus freiester Wahl hervorgegangener Vertreter besetzt. Diese Wahl drückt das Siegel unter den 800jähr. Geschichtsabschnitt, in dem die Erbmonarchie dem Staatswesen das Gepräge gab. In dem Staatspräsidenten, der die mit seinem Amt verbundenen Rechte nicht einem unpersönlichen Erbrecht, sondern der Bewertung seiner Persönlichkeit durch die erwählten Vertrauensmänner des Volkes verdankt, verkörpert sich das demokratische Prinzip, auf dem seit der großen Umwälzung unsere Staatsordnung beruht. Aber die Rechte, die dem Staatspräsidenten zustehen, sind zugleich auch schwere Pflichten. Die Erfüllung dieser Pflichten erfordert die ganze, volle Kraft eines Mannes, der die geschichtliche Bedeutung unserer ereignisreichen, nach Freiheit ringenden Zeit in ihrer ganzen Tragweite erfaßt hat. Wir freuen uns, im Hrn. Staatspräsidenten eine Persönlichkeit zu besitzen, die mit der aus gereifter Lebenserfahrung gewonnenen Staatsklugheit, trotz ihres grauen Hauptes, die Willenskraft vereinigt, unserem Volk in der Zeit der tiefsten Not zu dienen. Seit 4 Monaten schon hat der nunmehrige württ. Staatspräsident dem württ. Volke große Dienste geleistet, die Umwandlung der alten überlebten Staatsform in den freien demokratischen Volksstaat und die Anerkennung des Sozialisierungsprinzips ist unter seiner Führung erfolgt. Daß dem Staatspräsidenten auch künftig die Gesundheit und Kraft beschieden sein mögen, führend mitzuwirken an dem Ausbau des Volksstaats Württemberg zu einer sozialen Demokratie, das ist unser aller Wunsch. (Beifall).

Staatspräsident Bios erwiderte: Ich danke Ihnen für den Beweis des Vertrauens, den Sie mir durch ihre Abstimmung gegeben haben und danke auch dem Hrn. Präsidenten für seine herzlichen Worte. Ich habe nicht viel zu sagen. Die Grundsätze, nach denen ich das mir übertragene Amt führen werde, werden dieselben sein wie bisher; es sind diejenigen, welche in der Revolution von der Regierung in einer Kundgebung im Verein mit den A.- und S.-Räten verkündigt wurden. Diese Zeit bringt jeden Tag neue Probleme, die zum Teil fast unlösbar sind, und ich kann deshalb nichts weiteres sagen, als daß ich fest entschlossen bin, unter diesen Umständen meine Pflicht zu tun, was auch an uns herantreten möge. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung: Samstag 9½ Uhr: Antrag Bazille betr. die Kriegsgefangenen. 3. Lesung des Gemeindewahlrechtsgesetzes usw. Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Ende des Generalstreiks in Berlin.

Berlin, 8. März. In dem heute wieder zum erstenmale erschienenen Berliner Morgenzeitungen kommt sichtlich die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß der Generalstreik gestern abgebrochen worden ist.

Im Berliner Tageblatt heißt es: Von Anfang an bestand für uns kein Zweifel darüber, daß die Mehrheit der Arbeiter den Streik nicht wollte. Die Urabstimmung in den Betrieben und Werkstätten, die nachträglich vorgenommen wurde, hat das nur weiter bestätigt. Die Rolle, die die Unabhängigen in dem Generalstreik gespielt haben, ist außerordentlich traurig, da sie den Streik auch dann noch zu verlängern und sogar zu verschärfen versuchten, als die Bestätigung der Weimarer Beschlüsse in ihren Händen hatten, machten sie sich erst recht zu Mitschuldigen jener Aufrührer und jener wüsten Banden, die wiederum die Gelegenheit benützten, um zu plündern und durch einen wohlorganisierten Angriff auf das Polizeipräsidium in den Besitz der Macht sich zu setzen. Die Spartakisten ihrerseits, — wahrscheinlich von Herrn Eichhorn aus dem Versteck geleitet, — haben alles, was sie noch an Mannschaften und Waffen aufbringen konnten, zu diesem Putsche aufgeboten. Nur die Umsicht Noskes und seiner Mitarbeiter und dem tapferen Eingreifen der regierungstreuen Truppen ist es zu verdanken, daß der Aufstand niedergeschlagen und daß den Raubunternehmungen des Gesindels wenigstens einigermaßen Einhalt getan werden konnte. Alle diejenigen, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt und die nicht gewissenlos genug sind, immer von neuem Krisen zu erregen, um ihr doch nur untergeordnetes Parteiinteresse zu fördern, müssen jetzt gemeinsam dahin wirken, daß vor allem gearbeitet wird.

Die Schäden, die durch die Kämpfe an den Häusern, Gebäuden, Läden usw. in den betroffenen Stadtgegenden angerichtet worden sind, übersteigen bei weitem diejenigen der früheren Kämpfe, die doch schon bis zu 40 000 000 ℳ betragen haben. Am schwersten beschädigt wurde das Polizeipräsidium. Das Warenhaus Tietz wurde vollständig ausgeplündert und arg heimgesucht wurde das Warenhaus Wertheim.

Auf Befehl der Regierung wurde gestern mittag, wie die Morgenblätter berichten, der anarchistische Schriftsteller und Herausgeber der „Aktion" Franz Pfemfert in seiner Wohnung verhaftet. Er stand im Verdachte, den letzten Putsch mit vorbereitet und organisiert zu haben

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

In seiner Wohnung sollen bolschewistische Propagandaschriften und ihn belastendes Aktenmaterial aufgefunden worden sein.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die Angehörigen der Volksmarinedivision und der republikanischen Soldatenwehr, welche mit der Waffe in der Hand von den Regierungstruppen gefangen genommen wurden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der „Vorwärts" zieht folgende Opferbilanz der Berliner Straßenschlachten. Das Berliner Leichenschauhaus konnte am Freitag die ihm zahlreich zugeführten Leichen wegen Ueberfüllung nicht aufnehmen. Auf den Rettungswachen waren vom Donnerstag bis zum Freitag vormittag 125 verletzte Zivilisten — unter ihnen 25 Frauen und 3 Kinder, — auf den Unfallstationen 14 Tote, darunter 1 Kind, eingeliefert worden. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte. An einzelnen Punkten häuften sich die Opfer: so sollen nach einer andern Angabe in der Kleinen Schützenstraße 40—50 Leichen gelegen haben. Dem „Berl. Lokalanz." zufolge ist die Zahl der Toten auf etwa 500—600, die der Verwundeten auf weit über 1000 zu schätzen. Die Verluste der Regierungstruppen sollen sehr erheblich sein. Es sei hervorzuheben, daß die Aufständischen mit den in ihre Hände gefallenen Regierungssoldaten mehrfach bestialisch umgegangen sein sollen, wobei sie sie buchstäblich in Stücke zerrissen.

Der „Vorwärts" nennt den Generalstreik den verworrensten, den die Welt je erlebt habe und schreibt, der Streik entpuppte sich im Laufe der Tage immer mehr als eine Vergewaltigung der Arbeiterschaft. Die gestern von fast 1000 Menschen besuchte Versammlung unserer Betriebs-, Vertrauensleute, Bezirksobmänner und Arbeiterräte setzte auf diesen unglückvollen, wild entstandenen und konfus verlaufenen Generalstreik den Schlußstein. Einmütig kam zum Ausdruck, daß man dieser Bewegung, die auf die Rutschbahn zum Törichten und Verbrecherischen gekommen war und die den Mob Berlins zu blutigem Mord und Raub ermutigt hatte, keinen Schritt folgen dürfe. Von etwa 900 Stimmen waren nur etwa sieben nicht für den sofortigen Abbruch des Streiks. Die vernünftige Arbeiterschaft wird nun wieder zur Arbeit gehen und ihre Kräfte weiterhin dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands widmen.

Ueber die letzten Streikstunden liegen noch folgende Nachrichten vor:

Berlin, 7. März. WTB. Ueber die Streiklage am heutigen Vormittag ist mitzuteilen: Der Stadtbahnverkehr ruht völlig. Der Vorortverkehr wird auf einzelnen Linien aufrechterhalten. Auf dem schlesischen Bahnhof ruht seit gestern Abend ½7 Uhr der Betrieb. Das Hauptelegraphenamt hält den Betrieb in verminderten Umfange aufrecht. Die Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke streiken, doch haben die technischen Truppen der Gardekavallerieschützendivision mehrere Stadtzentralen besetzt. Diese Truppen werden den Betrieb aufrechterhalten. Auch die Arbeiter der städt. Gaswerke streiken. Die Beamten sind zum Dienst erschienen und ermöglichen den notdürftigen Weitergang des Betriebes. Der Betrieb bei den Wasserwerken ist vorläufig noch ungestört. Die Lebensmittelversorgung Berlins ist ebenfalls ins Stocken geraten.

Berlin, 7. März. WTB. Die Berichte der an den Straßenkämpfen beteiligten Truppen ergeben folgende Darstellung: Die Regierung übertrug den Schutz der Hauptstadt der Gardekavalleriedivision und den ihr unterstellten Freiwilligentruppen. Das Polizeipräsidium wurde von Schutzleuten und Teilen des Alexanderregiments verteidigt. Am 6. März um 2.30 Uhr nachmittags drängten im Gegenangriff gegen den Alexanderplatz und die umliegenden Straßen die Freiwilligen die Spartakusleute überall zurück. Den Kern der Spartakisten bildete die Volksmarinedivision und große Teile der republikan. Soldatenwehr. Sie gaben den Angriff auf das Polizeipräsidium auf u. räumten den Alexanderplatz unter Zurücklassung zahlreicher Toter und Verwundeter. Die Barrikaden wurden zerstört u. dem Gegner nach Osten und Südosten nachgedrängt. Um die Besatzung im Realgymnasium in der Elisabetstraße auszuräuchern, hatten die Aufrührer vor den Türen und Fenstern große Feuer angezündet. Gerade zur rechten Zeit entsetzten Verfolgungskommandos die Bedrängten. Auch hier hatte Spartakus schwerste Verluste. In Neu-Köln hat das Detachement Reuville der Gardekavallerieschützendivision, sowie das Reserveregiment 64 Ordnung geschaffen. Gegen 4 Uhr nachmittags ist die Gesamtlage etwa folgende: Die Spartakisten, bestehend aus Angehörigen der Volksmarinedivision, der republikanischen Soldatenwehr u. allerlei lichtscheuem Gesindel, haben sich auf die Gegend der Köpenicker- und Großen Frankfurterstraße zurückgezogen. Die Verluste der Spartakusmänner sind sehr groß. Wenn auch der letzte Widerstand noch nicht niedergeschlagen ist, so dürfte doch die Krise überwunden sein.

Berlin, 7. März. Der Berliner Generalstreik kann schon heute als beendet angesehen werden, da die Mehrheit der A.- und S.-Räte sich gegen die, wie ein Extrablatt der Sozialdemokratie mit Recht hervorhebt, mörderischen Absichten der Spartakisten wendet, auch die Elektrizität, das Gas und die Wasserversorgung Berlins zu sperren. Die Unabhängigen haben in ihrer heutigen Fraktionssitzung beschlossen, gegen die Fortsetzung des Streiks zu stimmen. Der als radikal bekannte Unabhängige Däumig hat selbst den Antrag in dieser Richtung gestellt. Damit war schon von vornherein vorauszusehen, daß die heutige Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins in ihrer Mehrheit gegen die von den Spartakisten geforderte Fortsetzung des Streiks stimmen werden. Die Hoch- und Untergrundbahnen fahren bereits wieder. Vermutlich werden die Berliner Zeitungen morgen zum größten Teil wenigstens wieder erscheinen. Die Sperrung des privaten Telephonverkehrs ist bereits aufgehoben.

Berlin, 7. März. Ueber die Kämpfe um das Polizeipräsidium erfahren wir noch: Bei der Säuberung der um den Alexanderplatz gelegenen Häuserviertel haben auch Großkampfflugzeuge eingegriffen. Sie haben auf die Dächer von Häusern, in denen sich Spartakisten eingenistet haben, Bomben abgeworfen, die diese Gebäude zum Teil bis in die untersten Stockwerke durchschlugen. Als man bemerkt hatte, daß die Untergrundbahn, die unter dem Alexanderplatz durchführt, als Munitions- und Waffenlager benützt wurde, wurde diese vergast. Die Verluste der Spartakisten sollen sehr beträchtlich sein.

Spandau, 7. März WTB. In Spandau, das vom Freiwilligenkorps Hülsen besetzt ist, kam es in der vergangenen Nacht zu Zwischenfällen. In der Havelstraße wurden Regierungstruppen von Spartakisten mit Handgranaten beworfen. Die Häuser, von denen aus dies geschah, wurden gesäubert. Zwei Frauen wurden getötet. Um ½10 Uhr wurde das Rathaus, wo sich General von Hülsen mit dem Stabe aufhält, von der Artilleriewerkstatt Süd aus mit Geschütz- und Maschinengewehrfeuer belegt. Die Fabrik wurde von Regierungstruppen besetzt. Infolge dieser Vorfälle macht General von Hülsen bekannt, daß von jetzt ab gegen jede Ansammlung rücksichtslos vorgegangen wird. Die Spandauer Pioniere, die sich als unzuverlässige Truppe in letzter Zeit haben, wurden gezwungen, ihre Waffen abzugeben. Der Streik dauert zwar noch an, jedoch machen sich Anzeichen zur Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar. So wurde in der Munitionsfabrik mit 1200 gegen 70 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Kraftwerk steht vollständig still. Spandau ist ohne elektrisches Licht.

Belagerungszustand.

Breslau, 8. März. Der kommandierende General des 6. A.-K. hat im Einvernehmen mit dem Volksrat Breslau, dem Zentralrat der Provinz Schlesien und dem Zentralsoldatenrat über mehrere Kreise den Belagerungszustand verhängt.

Die Lage in Mannheim.

Karlsruhe, 7. März. In Mannheim ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Ruhe und die Sicherheit in der Stadt wieder völlig hergestellt. Die gesamte Bevölkerung ist froh darüber, daß durch das badische Freiwilligenbataillon Buchfal die Gewähr dafür gegeben ist, daß Unruhen, wie sie leider in Mannheim vorgekommen sind, in Zukunft energisch entgegengetreten werden kann. Es sind schon eine Reihe von Personen verhaftet, die am 22. Februar und an den darauffolgenden Tagen verbrecherische Handlungen durch Raub, Plünderung und Gefangenenbefreiung begangen haben. Auch die Polizei in Mannheim ist verstärkt worden. Erhebliche Waffenvorräte wurden bei einzelnen Personen beschlagnahmt. Die Regierung wird auf energischer Durchführung der Waffenablieferung bestehen, das ist im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig. Es muß aber auch ganz allgemein dafür gesorgt werden, daß gestohlenes und geraubtes Heeresgut wieder in den Besitz des Staates kommt. Mit dem Eingreifen in Mannheim hat die Regierung den festen Willen bestätigt, überall in Stadt und Land den Gesetzen die Achtung zu verschaffen, ohne die der Staat nicht bestehen kann.

Blutiger Rachezug der Spartakisten.

Berlin, 9. März. (Drahtbericht.) Nach dem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern abend Lichtenberg und unternahmen einen Rachezug gegen die Polizeiwache des ersten Reviers, die am Dienstag einen Spartakistenangriff unter beiderseitigen Verlusten abgewiesen hatte. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachtmeister und Soldaten; es sollen nach der B. Z. angeblich 60 sein.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 10. März 1919.

Uebertragen wurde eine ständige Lehrstelle in Egenhausen dem Schulamtsverweser Friedrich Kempf daselbst.

Die Franzosenherrschaft im Elsaß.

Von einem Elsässer.

„Wir haben drei Stunden läuten müssen, als sie kamen; wir würden gern sechs Stunden läuten, wenn sie wieder gingen.". Mit diesen Worten hat sich ein alter, einsichtiger Mann vom Lande in den verflossenen Januartagen von mir verabschiedet, bevor ich das Elsaß verließ. Seine letzten Worte gaben im allgemeinen die Stimmung wieder, die im Lande jetzt schon herrscht. Die Bewohner hatten geglaubt, mit dem Waffenstillstand sei der Krieg zu Ende, sowie alle Schwierigkeiten behoben, seien Lebensmittel in Hülle und Fülle und zu billigen Preisen zu haben. Sie wollten ihre Angehörigen wiedersehen und dann in Ruhe und ungestört ihrer Arbeit nachgehen. Es ist alles anders gekommen als sie erwartet, als man ihnen vorgeredet so gründlich anders, daß sie gern läuten würden, wenn nur die „Befreier" wieder gingen. Nicht alle, beileibe nicht, aber doch die Mehrheit. Sie hat genug von den Franzosen, die sich sofort häuslich eingerichtet haben und so tun, als hätten sie das größte Recht auf das Land. Die Tschechen und Slowaken, die Polen und die Litauer dürfen das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen — weil es zur Schädigung Deutschlands dient; den Elsaß-Lothringern wird dieses Recht vorenthalten, einzig weil es die Pläne Frankreichs vereiteln würde. Denn das wissen die Franzosen genau: Eine Abstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre Zukunft fiele nicht zugunsten Frankreichs aus. Die Franzosen sind deshalb auch vollständig vom Mißtrauen beherrscht, wie sehr, das ergibt sich aus der Tatsache, daß sie viele Angehörige der Bourgeoisie, trotzdem sie ihnen entgegenjubelt haben, als nicht politisch zuverlässig erklären. Unbedingtes Vertrauen genießen die geistlichen Schulorden (Schulschwestern) des Landes, ferner bis jetzt noch ein großer Teil der katholischen Geistlichkeit, dann aber alle diejenigen, die von deutscher Seite in Schutzhaft gehalten wurden, obschon sich unter ihnen gerade recht zweifelhafte Elemente befinden. Auch einzelnen evangelischen Pfarrern steht Tür und Tor offen, die große Mehrheit wird indes nicht als zuverlässig angesehen. Die Zentralregierung in Straßburg ist aufgehoben, das Land in drei Departements geteilt und die Zweite Kammer des Landtags, die sich noch rasch zum Nationalrat für Elsaß-Lothringen erklärt hat, kaltgestellt. Poincaré und Clemenceau haben es abgelehnt, bei ihrer Anwesenheit in Straßburg den Nationalrat oder sein Präsidium zu empfangen. Es ist der neuen Herrschaft genau bekannt, daß im Nationalrat starke Strömungen für die völlige Unabhängigkeit Elsaß-Lothringens vorhanden waren, desgleichen in manchen Gemeinderäten der Städte. Darum wurden auch sofort die Gemeinderäte — nicht neugewählt, sondern neu ernannt. Denjenigen die vor dem Einzug der Franzosen für die zukünftige Neutralität des Landes Stimmung gemacht hatten, wurde mit schwersten Drohungen zugesetzt, manche ausgewiesen, andere „interniert". Wer noch irgendwie im Verdacht steht, Einfluß auf die Bevölkerung im Sinne des Neutralitätsgedankens auszuüben, muß sich täglich beim Kommandanten melden.

Das Land ist militärisch so vollkommen besetzt, daß den Elsaß-Lothringern jeder Widerstand vergehen muß. Frankreich bringt ihnen in sinnfälligster Weise zum Ausdruck: Ich habe die Macht, und ihr tut gut daran, euch zu fügen! Alle Dörfer, nicht bloß die Städte, liegen voller Truppen, die fortwährend wechseln. Fackelzüge und Tanzvergnügungen folgen einander, auch in den Dörfern. Im übrigen sind die französischen Soldaten ruhig, unterscheiden sich aber von den deutschen Soldaten durch ihre Teilnahmslosigkeit — sie verstehen ja die Sprache der Bevölkerung nicht — und vor allem durch ihre Abneigung gegen Hilfeleistungen in der Landwirtschaft. Die meisten von ihnen haben alles satt, „wollen heim" und daheim „aufräumen". Sie erkennen täglich neu, daß Elsaß-Lothringen ein wirklich deutsches, nicht, wie man sie gelehrt, ein französisches Land ist.

Die Verwaltung ist vollständig nach französischem Muster unter Benutzung der bisherigen Unterlagen umgewandelt worden. In alle einflußreichen Stellen sind Nationalfranzosen gekommen, nicht wie die Bourgeoisiekreise erwartet haben, die hiefür bereitgehaltenen Elsässer. Das hat nicht wenig verschnupft und schon beginnt sich der Widerstand zu rühren. Der bekannte Henri Weischinger erhebt im „Courier du Haut-Rhin" die Forderung: Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern und ebenso deutlich sagt der Reichstagsabgeordnete und Professor Delsor im „Volksboten": „Für die Veränderung in den Gesetzen müssen in erster Linie Leute aus dem Lande befragt werden, die unser Land kennen, die darin gelebt haben, und nicht Leute, die vielleicht einmal 14 Tage auf dem Odilienberg oder Zwei-Aehren gelebt haben." Mit noch größerer Schärfe wendet er sich gegen die in der rücksichtslosesten Weise in Angriff genommene Verwelschung der Schule, gegen „die Schulmänner, die allen im Schnellzug betreiben wollen" und schließt: „Was gestern Menschenrecht war, ist es morgen auch noch!" In ähnlicher Weise äußert sich auch sein Vater Konrad, der frühere Reichstagsabgeordnete Haegy. Er fragt: 1) Was für eine Schule paßt für unser elsässisches Land? 2) Welche Schulreform verlangt unser Volk? und nimmt hierfür in der prägnantesten Art das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Anspruch. Schließlich sei erwähnt, daß die elsässischen Philologen in einer in Straßburg abgehaltenen Versammlung die neue Methode des Unterrichts und die völlige Unterdrückung der deutschen Sprache in den höheren Schulen zurückgewiesen haben. Allmählich beginnt man also einzusehen, wohin die Reise gehen soll.

Helft alle mit am Werk dieser Tage!

Wir müssen über die großen Ereignisse unserer Tage, ihre Beziehung auf uns und das, was wir von ihnen zu erwarten haben, mit eigener Bewegung unserer Gedanken nachdenken und uns eine klare und feste Ansicht von allen diesen Gegenständen und ein entschiedenes und unwandelbares Ja oder Nein über die hierherfallenden Fragen verschaffen. Fichte.

•

Beim Wiederaufbau eines physisch und seelisch millionenfach verwundeten Volkes, in der Gestaltung einer Zukunft, die Leben, Kraft und Glauben erneuern soll, steht im Mittelpunkt die Pflege des Menschen, nicht die Politik der Güter. Gertrud Bäumer (Aus dem Vortrupp").

•

Wenn du dich tatlos auf die Knie warfst —
verlangst du, daß dein Heil vom Himmel regne?
Die Hand ans Werk! Daß Gott dein Schaffen segne,
das ist's, was du demütig bitten darfst. F. W. Weber.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Befreiung Düsseldorfs von den Spartakisten

Die Bewerber um eine ständige Lehrstelle an der ev. Volksschule in **Nagold** haben sich bis zum 29. März 1919 bei dem Ev. Oberschulrat zu melden.

Von der Post. Der Post-, Telegraphen- u. Fernsprechverkehr mit **Erfurt** und weiterhin (**Thüringen**) ist nunmehr wieder zugelassen.

Sammelergebnis. Die am vorigen Sonntag abgehaltene Sammlung für die württembergischen Kriegs- und Zivilgefangenen ergab die Summe von 1818 ℳ. — Die bereits vorher eingeleitete und abgeschlossene Sammlung der hiesigen Ortsgruppe der Kriegsteilnehmer für die **Nagolder Kriegsgefangenen** erreichte die Höhe von 1920 ℳ.

Schutz der Blüten für die Bienen! Mit Nachdruck fordern jetzt die Bienenzüchter den Schutz der ersten Frühlingsblüten. Sie klagen namentlich darüber, daß die Blütenkätzchen des Haselnußstrauchs und der Weiden mutwillig und nutzlos abgebrochen und dann unbeachtet weggeworfen werden. Durch diese Unsitte wird der Bienenzucht erheblicher Schaden zugefügt, da gerade die Kätzchen für die Frühjahrsentwicklung der Bienenvölker von hervorragender Bedeutung sind als honig- und pollenspendende Blüten. Also: in den Schulen und zu Hause auf die Schonung dieser ersten Blüten hinweisen!

Aus dem übrigen Württemberg.

Herrenberg 6. März. Am 3. März wurde unter Beteiligung der Stadtgemeinde Herrenberg und des Schwäb. Siedlungsvereins e. V. in Stuttgart der Siedlungsverein Herrenberg G. m. b. H. in Herrenberg mit 77 Gesellschaftern und einem Stammkapital von 42000 ℳ gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist, auf gemeinnütziger Grundlage und unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und kinderreichen Familien Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung in Herrenberg zu errichten.

r **Calw.** Die Kreditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw hielt im „Waldhorn" ihre Generalversammlung ab und feierte gleichzeitig ihr 50jähriges Jubiläum. Die Mitgliederzahl beträgt 1233. Die Bank hatte im Jahre 1917 einen Umsatz von 30 Millionen, i. J. 1918 einen solchen von 50 Millionen. Der Reingewinn betrug im letzten Jahr 37280 ℳ. Die Generalversammlung beschloß eine Jubiläumsdividende von 7% zu verteilen. Auch eine Festschrift wurde dem Jubiläum herausgegeben. Beschlossen wurde ferner die Anstellung eines Bankkontrolleurs und als solcher Buchhalter Vogel gewählt.

Letzte Nachrichten.

Auf den König der Belgier wurde in Löwen ein Mordanschlag verübt.

•

Im englischen Unterhause erklärte Churchill, daß die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in England 100358 betrage. 62697 von diesen werden in der Landwirtschaft, in den nationalen Werkstätten und auf den Werften beschäftigt.

•

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist das Kabinett Tewfik-Pascha zurückgetreten.

•

Die Vorfriedenskonferenz beriet darüber, ob die besiegten Länder unter dauernde Bevormundung zu stellen seien.

•

Am 31. März beginnt der Prozeß gegen den Mörder des am Anfang des Krieges erschossenen Sozialistenführers Jaurès.

Wurmasgl. Wetter am Dienstag und Mittwoch.
Vielfach bedeckt, doch meist trocken und kühl.

Für die Schriftleitung verantwortlich Karl Sayer, Nagold.
Druck u. Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Inhaber Karl Zaiser), Nagold.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Die (Stadt-)Schultheißenämter u. Wahlvorsteher werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 2. ds. Mts. (Staatsanz. Nr. 55), wonach **die bei der Wahl zur Landesversammlung abgegebenen** und von den Wahlvorstehern versiegelten **Stimmzettel** vernichtet werden können, aufmerksam gemacht.

Vollzugsanzeige wird bis 20. ds. Mts. entgegengesehen.

Den 8. März 1919. Münz, A.V.

Die Gemeinden und Farrenhalter des Bezirks, die im Rechnungsjahr 1918 **Farren** I. Klasse angeschafft haben und mit einem **Amtskörperschaftsbeitrag** entsprechend dem Beschluß der Amtsversammlung vom 18. November 1916 rechnen, werden veranlaßt, ihre Gesuche mit den nötigen Unterlagen (Kaufvertrag, Abstammungsnachweis und Zulassungsschein) binnen 14 Tagen hieher einzureichen.

Den 8. März 1919. Münz A.-V.

Bekanntmachung betr. Eieraufbringung im Jahr 1919.

Da mit den Eiersammlungen bis jetzt nur in einigen Gemeinden begonnen worden ist, werden die Schultheißenämter und Ortssammelstellen wiederholt aufgefordert, mit Sammeltätigkeit alsbald zu beginnen und die Geflügelhalter zur Erfüllung ihrer Lieferungspflicht anzuhalten.

Bis zum 20. März müssen vom Huhn 14 Eier und von der Ente 6 Eier abgeliefert sein.

Nagold, 8. März. 1919. Oberamt: Münz, A.V.

Verfügung des Arbeitsministeriums, betr. Kohlenersparnis.

Unter Aufhebung der Verfügung des Arbeitsministeriums, betreffend weitere Maßnahmen zur Kohlenersparnis, vom 26. November 1918 (Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 278) verfüge ich als Staatskommissar für Demobilmachung mit Wirkung vom 27. Januar 1919 an:

1. In Gewerbebetrieben, die aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung verwenden, kann unter Beachtung der Vorschriften über den Achtstundentag in der Anordnung des Demobilmachungsamts über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1334) bis auf weiteres in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5½ Uhr nachmittags gearbeitet werden. An Kohlen darf jedoch in der Betriebswoche nicht mehr verbraucht werden, als bisher bei wöchentlichem 30stündigem Betriebe verbraucht wurden. Für Betriebe, die Gas bezw. elektrischen Strom verwenden, sind die Zuweisungen der Wirtschafts-Technischen Abteilung des Arbeitsministeriums maßgebend.

Von diesen Bestimmungen sind ausgenommen die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, das Verkehrsgewerbe einschließlich der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung, sowie das Bäckerei- und Konditoreigewerbe, für das die Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1329) gilt.

2. Der Betrieb von Ladengeschäften, Büros, Kanzleien, Schulen und die Beschäftigung des herbei verwendeten Personals wird in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Das Verkehrsgewerbe und die Sicherheitsbehörden sind an diese Vorschrift nicht gebunden.

3. Die Straßenbeleuchtung ist spätestens um 11 Uhr abends einzustellen, wenn zur Erzeugung des dabei verwendeten Lichtes Kohle verwendet wird.

4. Ausnahmen von den Vorschriften Ziff. 1 und 2 können vom Landesamt für Arbeitsvermittlung (Stuttgart, Büchsenstr. 62 b) bewilligt werden; die Gesuche sind bei der Wirtschafts-Technischen Abteilung des Arbeitsministeriums (Stuttgart, Hotel Stuber) einzureichen. Soweit die vom Landesamt auf Grund der bisherigen Regelung bewilligten Ausnahmen nicht nach Ziff. 1 und 2 erledigt sind, gelten sie bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter.

5. Diejenigen Betriebe, deren Arbeiter auf die Benützung der Eisenbahn angewiesen sind, haben vor Aenderung ihrer Arbeitszeit das Einverständnis der Eisenbahnverwaltung einzuholen.

Mit Zustimmung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung werden Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über den Erlaß von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 27. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1339) mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis 100000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Vorstehende Anordnungen ergehen zwecks besserer Ausnützung der Tageslichtzeit und der Wasserkräfte. Weitere Erleichterungen sind zurzeit nicht angängig, da die Lage der Kohlenversorgung noch wie vor eine äußerst bedrohliche ist. Alle Kohlenverbraucher werden deshalb dringend aufgefordert, an der strengsten Sparsamkeit im Kohlenverbrauch festzuhalten.

Die Oberämter und die Gemeindebehörden werden angewiesen, ihre volle Aufmerksamkeit der genauen Durchführung der Verfügung zuzuwenden.

Die in Betracht kommenden Betriebe werden wiederholt **auf strengste Beachtung** vorstehender Bestimmungen **und die angedrohten schweren Strafen** im Falle der Zuwiderhandlung hingewiesen.

Nagold, den 6. März 1919. Oberamt: Münz, A.-V.

Ernährungsminister Baumann über die gegenwärtige Ernährungslage.

S. Im hiesigen Rathaussaal sprach gestern nachmittag Minister **Baumann** über die gegenwärtige Lage unserer Ernährung. Seinen klaren Ausführungen, die keine allzu rosigen Bilder gaben, ging eine Begrüßung des Redners und der zahlreich Erschienenen durch Oberamtmann Münz voraus. Bei der Kürze der Zeit war es nicht möglich, die Versammlung öffentlich bekanntzugeben. Dennoch war der Saal voll besetzt. Der Minister erklärte am Anfang seines Vortrages, daß er sich wohl bewußt war, welche Schwierigkeiten seiner harrten, als er sein Ministeramt übernahm. Aber er hoffte damals, daß die Erkenntnis aller Volkskreise auch alle Hindernisse beseitigen würden. Nun sind fast 5 Monate nach der Revolution verflossen. Der Feind steht im Land. Die Blockade ist aufrechterhalten, aus dem Auslande kommen keine Lebensmittel. Man hat sich in den Ernteerträgnissen überschätzt, die besetzten Gebiete in Belgien und Polen usw., die bisher 1½ Millionen Menschen bei uns ernährten, haben wir geräumt. Dagegen haben wir reiche Gebiete eingebüßt. Wenn es uns nicht gelingt, bald Lebensmittel zu bekommen, so stehen wir bald vor dem Nichts. **Unsere Brotvorräte reichen nur bis Mai.** Es war nicht richtig, daß man die Brotration seinerzeit erhöhte, man hatte in Württemberg zuerst beabsichtigt, die Mehlerhöhung einzusparen, aber dies hätte keinen Zweck gehabt, denn dann hätte Württemberg in den kritischen Monaten keinen Zuschuß vom Reich, auf den es angewiesen ist, erhalten. Man hätte also für das Reich auf eigene Kosten gespart. Das Reich befindet sich in der Ernährungsfrage in einer derartigen schlimmen Lage, **wie sie während des ganzen Krieges nie bestand.** Es ist wiederum auf eigene Erzeugnisse angewiesen.

In der **Brotfrage** liegen die Dinge äußerst trübe. Man hat überall gewünscht und gefordert, die **Zwangswirtschaft** zu beseitigen. Bei den jetzigen Umständen ist dies aussichtslos. Der Erzeuger, der, wie der Minister es verständlich findet, eine Aufhebung dieser drückenden Fessel nach 4½jähriger Kriegszeit ersehnt, möge bedenken, daß die Stadtkonsumenten auch unter der Zwangswirtschaft des **Markensystems** stehen, das wahrscheinlich **verschärft** werden muß. Gelingt es uns nicht, bald Getreide aus dem Auslande herbeizuschaffen, **muß eine Herabsetzung der Brotration demnächst eintreten.** Der Minister sprach weiter von den Schwierigkeiten, mit dem Ausland Handel zu treiben, von der Valuta usw. Er versprach den Landwirten, daß die Preise für seine Erzeugnisse nicht eher herabgesetzt werden, solange nicht die Preise für die Gebrauchsgegenstände (Bekleidung usw.) eine Senkung erfahren.

Die **Fleischfrage** weist auch keine Besserung auf. Württemberg ist darin ein Ueberschußland. In letzter Zeit wurde viel Vieh geschlachtet. Man befürchtete eine feindliche Besetzung, ebenso eine Herabsetzung der Viehpreise. Dazu kommt der große Mangel an Rauhfutter. Es sei dem Minister gelungen, größere Bestände davon von der Heeresverwaltung zu erlangen, er werde noch weiter dafür arbeiten. Die **Milchzufuhr** nach den Städten hat bedenklich nachgelassen. Einzelne landwirtschaftliche Kreise haben sogar mit Streik gedroht. Der Minister betonte hier und dann noch in der Aussprache, daß ihm wohl bekannt sei, daß die Milchpreise mit den Betriebskosten nicht in Einklang zu bringen seien, aber er bat, in dieser Zeit nicht ein einzelnes Produkt ohne Zusammenhang mit den andern landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu behandeln. Die Differenz der Stuttgarter und Pforzheimer Milchpreise hoffe er zu ändern, ohne daß die Produzenten mehr dafür zahlen, denn er könne nicht die Verantwortung übernehmen, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo man beginne, die Löhne herabzusetzen (kürzere Arbeitszeit usw.) die Milchpreise hinaufgeschraubt werden. Das hätte schwere politische Folgen.

Die **Kartoffelernte** war in Norddeutschland nicht gut. Man hat die Wochenration, nachdem Posen von den Polen besetzt wurde, von 7 auf 5 Pfund herabgesetzt. Für Württemberg, hofft der Minister, werde eine Herabsetzung der Kartoffelration wohl nicht in Frage kommen.

Erfreuliche Aussichten gab er in der **Gemüse- und Obstfrage.** In diesem Jahre sollen **Obst und Gemüse** trotz aller Bedenken dem **freien Handel** vorbehalten sein. Es soll sich zeigen, ob er seine Aufgabe, alle Konsumenten zu befriedigen, erfüllen kann. Bei den übrigen Lebensmitteln muß die Zwangswirtschaft bestehen bleiben, solange der freie Markt nicht imstande ist, den Bedarf der Allgemeinheit restlos zu decken. Er, der Minister werde stets den gesegnetsten Tag **den Tag** bezeichnen, welcher der Kriegswirtschaft ein Ende macht. Nicht **einen Tag länger** werde die Zwangswirtschaft **aufrechterhalten,** als es unbedingt notwendig sei. Der Vortragende schloß mit dem Wunsche an die Anwesenden, überall dahin zu wirken, daß man für die jetzige Zeit das nötige Verständnis aufbringe, um die schweren Monate durchzuhalten. Verzagtsein und Verzweiflung sind hier nicht am Platze. Er hoffe auf glücklichere, bessere Tage in unserem Vaterlande.

Die Anwesenden lohnten durch starken Beifall die klaren Ausführungen des Ministers. In der Aussprache kamen die Milch- und Getreidepreise, Schleichhandel besonders zur Sprache. In der Getreidepreisfrage erwäge das Reichsernährungsamt gegenwärtig eine Ausgleichung. Minister Baumann versprach, die Anregungen dieser Zentralstelle zu übermitteln. Nochmals ermahnte er dringend, die heutige Lage zu würdigen und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wir über alle Schwierigkeiten hinwegkommen. Hierauf schloß Oberamtmann Münz unter Dankesworten an Redner und Anwesende die Versammlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württemberger schützt Reich und Land im Osten.

Meldet Euch zum Eintritt nur bei der Württembergischen Freiwilligen-Abteilung des Generals Haas mit dem silbernen Eichenlaubzweig am Kragen. Dort sind Eure Kameraden und sonst nirgendwo!

Bedingungen und Meldungen bei allen Truppenteilen, Bezirkskommandos, Münsingen-Lager, Kriegsministerium Zimmer 4.

Außerdem für Nachrichtentruppen in Vaihingen a. Fildern, für Kraftfahrer in Untertürkheim.

Württembergische Freiwilligenabteilung Haas.

Für den Briefverkehr wird bekannt gegeben: Der Stab der Württ. Freiwilligen-Abteilung befindet sich voraussichtlich noch bis Mitte März im Kriegsministerium, Olgastr. 13, Zimmer 94—96, Fernsprecher 12120, 12121, 11434. Dagegen ist das 1. Württ. Freiwilligen-Rgt. der Abteilung bereits in Münsingen.

Bekanntmachung des Kriegsministeriums.

Stuttgart, 3. März 1919. In letzter Zeit sind in verschiedenen Tageszeitungen Aufrufe zum Eintritt in nichtwürttembergische Formationen ergangen.

Da Württemberg selbst eine Freiwilligen-Abteilung aufstellt und der Bedarf an Mannschaften hierfür noch nicht gedeckt ist, wird das Kriegsministerium allen Werbern für nicht württembergische Formationen die Aufnahme ihrer Tätigkeit in Württemberg verbieten.

Es ist daher zwecklos, die in Aufrufen angegebenen Werbestellen aufzusuchen, da dieselben nicht geöffnet werden dürfen.

J. A. d. L.-S.-R. Württbgs. gez. Klotz. — Der Kriegsminister: gez. Herrmann.

Altensteig-Dorf.

Brenn- u. Papierholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde verkauft am

Mittwoch, den 12. März ds. Js.

nachmittags 4 Uhr auf dem Rathaus

170 Rm gemischtes Brenn- u. Papierholz

aus dem Gemeindewald Enzwald.

Kaufliebhaber sind eingeladen.

Den 8. März 1919.

Gemeinderat.

Simmersfeld.

Verkauf eines Wohnhauses und von Grundstücken.

Im Auftrag des Adolf Flächer, Kaufmann in Altensteig, bringe ich **am Dienstag, den 11. März, nachm. 4 Uhr** auf dem hiesigen Rathaus zur öffentlichen Versteigerung:

Geb. Nr. 41/a = 2 ar 05 qm **Wohnhaus mit Schmiede, Backofen** und **Hofraum** auf dem Herdwasen.

Parz. Nr. 35 = 3 ar 28 qm **Gras- und Baumgarten** beim Haus auf dem Herdwasen.

Parz. Nr. 368 = 42 ar 79 qm **Acker** in der unteren Reute.

Das Haus eignet sich insbesondere für Handwerker.

Die Verkaufsbedingungen liegen auf.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 8. März 1919.

Ratschreiber Metzger.

Nagold.

Waldgrundstücke

bepflanzt oder zum Anpflanzen geeignet,

sucht zu kaufen.

Angebote durch die Geschäftsstelle des Blattes.

Oberschwandorf.

Sehr Mittwoch Mittag

3 Bienenstöcke

dem Verkauf aus.

Marie Gutekunst, Witwe.

Sulz.

Hochzeits-Einladung.

Hiemit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 13. März 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus z. „Adler" hier freundlichst einzuladen.

Philipp Dengler	Maria Schechinger
Sohn des	Tochter des
† Jakob Dengler,	† Christian Schechinger,
Schneider.	Schuster.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Für meinen Bruder, welcher 4½ Jahre im Feld war und infolgedessen keine Gelegenheit zum Heiraten hatte, suche ich ein Mädchen von ehrlichem Charakter. Derselbe ist 35 Jahre alt, Landwirt mit ertragreichen Gütern in fruchtbarer Gegend. Er ist tüchtig und äußerst solid. Für ein Mädchen, dem es an einem bürgerlichen Familienleben gelegen ist, bietet sich durch

Einheirat

in das ca. 20 Morgen betragende schuldenfreie Gut die beste Gelegenheit.

Adressen wollen u. Nr. A. P. 500 in die Exp. ds. Bl. eingereicht werden.

Frauen und Mädchen

von hier und Umgegend

für sofort in meine Forstbaumschulen gesucht.

Ch. Geigle, Nagold.

Tüchtige Maurer, Zimmerleute und Bautaglöhner

finden dauernde Beschäftigung.

Zu melden auf der Baustelle von **Ernst Weiß** zur Mühle in **Wildberg.**

Chr. Marquardt, Effringen.

Verloren

ging eine

Bernsteinkette

(Andenken) innerhalb der Stadt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben gegen gute Belohnung in der Geschäftsst. d. Bl.

Verloren

ging am Sonntagmittag ein

Perltäschchen mit Geldbeutel und Inhalt

vom Gewerbeschulhaus bis Neue Straße.

Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes.

Alte Bücher

Musikalien, Lehrmittel usw. liefert

G. W. Zaiser, Buchhldg. Nagold.

Dienst-Mädchen,

ein sauberes, fleißiges, das womöglich schon gedient hat,

gesucht.

Frau Marie Schmidt, Pforzheim, Hermannstr. 2

Krätze,

Hautjucken, Ausschlag heilt **Jucka Salbe** in wenigen Tagen mit sicherem Erfolg. Ganze Dose ℳ 4.50, halbe Dose ℳ 2.50.

Marienapotheke u. Chem. Fabrik Mitteteich 49 i. Oberpf.

Untertalheim.

Verkaufe **zwei** hornlose

Ziegen

tragend, etwas Milch gebend.

Johannes Kleck z. Hirsch.

Oberschelbronn, den 8. März 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß es Gott gefallen hat, unsern lieben Bruder, Schwager und Onkel

Johannes Katz

Homöopath

im Alter von 52 Jahren gestern mittag 2 Uhr in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigung: Montag mittag 2 Uhr.

Kaufm. Unterrichts-Kurse

in

Buchführung, Stenographie, Maschinenschreiben, Korrespondenz mit Geschäftsorganisation

beginnen am **15. April** für Schüler und Schülerinnen in **Nagold.** Weitere Lehrkurse werden noch aufgenommen.

Zwecks Anmeldung oder Besprechung sind Schreiben unter **„Privathandelsschule"** an die Schriftleitung des Blattes erbeten.

Nagold.

Unterzeichneter empfiehlt

Immer

Apollo-Sprudel

Niederlage bei Fr. Schuon z. „Ochsen"

wo Bestellungen entgegengenommen werden.

Gruis' Augenwasser

Seit anno 1785

bewährt bei roten, tränenden Augen, schwärigen, nach dem Schlafen verklebten Augenlidern, chronisch-feuchten Augenentzündungen, schwachen oder angestrengten Augen (Flimmern) etc.

Zu haben in den Apotheken ℳ 2.50 die Flasche.

Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. N.

Nagold.

Eine noch gut erhaltene

Nähmaschine

für leichte Arbeit hat zu verkaufen.

L. Grüninger, Sattlermstr.

Wildfelle,

Hasen, Füchse, Iltisse, Katzen, Marder, Maulwürfe,

werden angekauft und mit den **höchsten** Preisen bezahlt.

C. Meyle, Pforzheim neben dem Rathaus.

Ein gut erhaltenes

Klavier

zu kaufen gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Gesellschafters.

Nagold.

Messer und Scheren

werden zum

Schleifen

angenommen.

Bahnhofstr. 50 Hths.

Guten Speiseessig

jedes Quantum

abzugeben, auch zum Wiederverkauf.

Adolf Morlok, Nagold.

Nach 5jähriger Pause **ein neuer Speckmann!** Hübsch gebunden Mk. 6.—

Die Heidklause. Erzählung von Diedrich Speckmann

Vorrätig bei **G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw